

Ratsbürgerentscheid abgelehnt

GESAMTSCHULE Mehrheit verhindert zusätzliche Abstimmung am Wahltag im Mai

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Hätte man Ernst Kuchler gefragt, was er zu seinem Geburtstag lieber bekommen hätte, einen Blumenstrauß vom Oberbürgermeister oder eine Volksabstimmung über die Einrichtung einer dritten Gesamtschule in der Stadt, wäre die Antwort sicher klar. Er hätte wohl den Ratsbürgerentscheid vorgezogen, den seine SPD-Fraktion für den Tag der Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai beantragt hatte. Aber Politik ist nun mal kein Wunschkonzert, und so gab es für den früheren OB Blumen und Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag vom Nachfolger. Die Abstimmung – die einer Zweidrittel-Mehrheit des Rates bedürft hätte – ist hingegen gestrichen. Nicht einmal zu einer einfachen Mehrheit reichte es: SPD, Bürgerliste, Opladen plus, Pro NRW und ÖDP unterlagen der Mehrheit des „Jamaika-plus“-Bündnisses (CDU, Grüne, FDP und Unabhängige), in Zahlen: 26 zu 31. Für die SPD begründete deren Fraktionschef Pe-

ter Ippolito den Wunsch, den Souverän, also die Bürger, über die gewünschte Schulform abstimmen zu lassen, ob es anstelle der mehrheitlich beschlossenen Sekundarschule nicht doch eine Gesamtschule werden solle. Die werde von den Eltern gewünscht, wie die 150 zurückgewiesenen Kinder an den beiden Leverkusener Gesamtschulen belegten.

„Pures Wahlkampfgetöse“, „klägliches Versuch des Stimmenfangs“, ordnete Grünen-Fraktions-

chefin Roswitha Arnold den SPD-Vorstoß ein. Die Sekundarschule in Opladen – letztlich eine Gesamtschule ohne Oberstufe, das Abitur könnte an Nachbarschulen erworben werden – stelle genau jenes gemeinsame Lernen sicher, das im NRW-Schulfrieden ausgehandelt worden sei. „Und sei die für Leverkusen bezahlbare Lösung. Ihr Fraktionskollege Gerhard Wölver hielt der SPD „pharisäerhaftes Verhalten“ vor, wenn sie eben den Schulkompromiss unter-

laufe, den die SPD in Düsseldorf mit ausgehandelt habe.

„Ein Treppenwitz, wie Sie sich hier winden“, zahlte Ippolito in gleicher Münze zurück. Zu sagen, man wolle die Gesamtschule, und dann die Sekundarschule gegen den Wunsch der Eltern einzuführen, sei unredlich. Als Wahlkampfmanöver bezeichnet indes auch Bürgerlisten-Fraktionschef Erhard Schoofs das SPD-Vorgehen. Etwas zu beantragen, dessen Scheitern schon feststehe, um sich dann darüber zu beklagen, sei nicht der gerade Weg; ein Bürgerentscheid wäre ehrlicher gewesen.

Doch dazu wird es wohl nicht kommen. Kämmerer Frank Stein machte auf Nachfragen aus dem Rat klar, dass eine um acht Millionen Euro teurere Gesamtschule zurzeit nicht in Frage komme: „Ich sehe keinerlei Spielraum für weitere Investitionen.“ Und das gelte auch für einen Bau in Zusammenarbeit mit einem privaten Investor. „Alle Möglichkeiten sind völlig ausgeschöpft.“

> **Kommentar**



Blumen zum 70. Geburtstag erhielt Ernst Kuchler (l.) im Stadtrat von seinem Nachfolger Reinhard Buchhorn.

BILD: BRITTA BERG

KOMMENTAR

Gesamtschuldebatte im Wahlkampf

Schattenspiele vor kleiner Funzel

BERT.GERHARDS@KSTA.DE

Wenn die Sonne niedrig steht, werfen bekanntlich auch kleine Gestalten lange Schatten. Und wenn es dem Wahlkampf an griffigen Themen mangelt, hilft manchmal der Griff in die Mottenkiste. Was interessiert in Leverkusen der NRW-Schulfrieden, der die Frage der Schulformen eigentlich entideologisieren und örtliche wie regionale Grabenkämpfe befrieden sollte? Gerade noch hatten zuvor beinhardt Gegner einer Gesamtschule in der örtlichen CDU abgerüstet und sich das Modell der Sekundarschule abhandeln lassen. Doch nun hat die SPD die Chance ausgemacht, die eigene Prinzipientreue auf diesem Feld als Charakterfestigkeit zu vermarkten und einen Bürgerentscheid als Entdeckung demokratischer Grundtugenden.



VON BERT GERHARDS

Wie die Abstimmung im Rat ausgehen würde, war allen Beteiligten von vornherein klar und einkalkuliert. Weder Regierungspräsidentin Gisela Walsken noch Stadtkämmerer Frank Stein (beide haben ein SPD-Parteibuch) konnten ihre Genossen mit Hinweisen auf die Finanzlage der Stadt von diesem verlockenden Manöver abhalten. Die kühne Inszenierung mit der klaren Unrechttzuweisung in Richtung Jamaika soll nun einen Wahlkampfschlagern mit Empörungspotenzial ergeben. Während andernorts pragmatische Kompromisse zugunsten einer guten Schulversorgung möglich gemacht werden, hat in Leverkusen die politische Profilierung den Vorrang bekommen. Ein Schattenspiel vor kleiner Funzel.